

Vom „rheinischen“ zum schweinischen Kapitalismus

Die von ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen begleitete Covid-19-Pandemie hat das Phänomen der Ungleichheit, das ein Kardinalproblem der meisten Länder und der Menschheit insgesamt ist, wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht. Wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg wurde erkennbar, dass trotz eines verhältnismäßig hohen Lebens- und Sozialstandards im Weltmaßstab sowie entgegen allen Beteuerungen, zumindest bei den reichsten EU-Staaten handle es sich um klassenlose Gesellschaften mit gesicherter Wohlständigkeit aller Mitglieder, ein großer Teil der Bevölkerung nicht einmal für wenige Wochen ohne seine ungeschmälernten Regeleinkünfte auskommt.

Der französische Ökonom Michel Albert hat die deutsche Gesellschaft kurz nach der Vereinigung von BRD und DDR als „rheinischen Kapitalismus“ bezeichnet und ihn dem angelsächsischen bzw. US-amerikanischen Wirtschaftsmodell idealtypisch gegenübergestellt. Obwohl das rheinische Modell gerechter und effizienter sei, werde sich das ultraliberale, weniger egalitäre Modell des US-Kapitalismus, bedingt durch die Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die neoliberale Globalisierung der Finanzwirtschaft, über die ganze Welt ausbreiten, prognostizierte Albert damals.

Tatsächlich hat in den vergangenen Jahrzehnten – feuilletonistisch ausgedrückt – ein Wandel vom „rheini-

schen“ zum schweinischen Kapitalismus stattgefunden. Bei dem Letzteren handelt es um ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das brutale Ausbeutung, drastische Entrechtung der Beschäftigten, systematisches Lohn- und Sozialdumping, skrupellose Leuteschinderei und massenhafte Tierquälerei duldet sowie der Profitmaximierung durch eine kleine Gruppe von Multimillionären und Milliardären, die eng mit Exponenten des politischen und Regierungssystems verbunden sind, praktisch keine Grenzen setzt.

Dies wurde nie deutlicher als während der Covid-19-Pandemie: Mehr als 1.500 Beschäftigte der größten Fleischfabrik Europas, in der man täglich zehntausende Schweine schlachtet, zerlegt und weiterverarbeitet, wurden im Juni 2020 positiv auf Sars-CoV-2 getestet. Darunter waren viele polnische, rumänische und bulgarische Werkvertragsarbeiter/innen, die unter skandalösen Arbeits- und Wohnbedingungen litten. Alle seinerzeit am Hauptsitz des Fleischkonzerns Tönnies in Rheda-Wiedenbrück tätigen Menschen mussten sich mitsamt ihren Familien in Quarantäne begeben, weil ein Überspringen des Virus auf die Gesamtbevölkerung befürchtet wurde.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als seien vor einem Virus alle Menschen gleich. Bezüglich der Infektiosität von Coronaviren trifft diese Aussage zu, im Hinblick auf das Infektionsrisiko allerdings nicht. So traf die Covid-19-Pandemie alle Menschen, aber mitnichten alle gleichermaßen. Sozial bedingte Vorerkrankungen wie Adipositas (Fettleibigkeit), Asthma, Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit), Rheuma oder COPD (Raucherlunge), katastrophale Arbeitsbedingungen (z.B. in der

Fleischindustrie) sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse erhöhten das Risiko für eine Infektion mit Sars-CoV-2 bzw. für einen schweren Covid-19-Krankheitsverlauf.

Mit den bakteriell ausgelösten Pandemien, die Europa im 19. Jahrhundert heimsuchten – Cholera, Tuberkulose und Typhus –, hatte die Covid-19-Erkrankung gemeinsam, die Immun- und Einkommenschwächsten am stärksten zu treffen. Dazu gehören Obdach- und Wohnungslose, aber auch andere Bewohner/innen von Gemeinschaftsunterkünften wie Gefangene, Geflüchtete sowie Werkvertrags- und Saisonarbeiter/innen, Migrant/innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Prostituierte, Erwerbslose, Geringverdiener/innen, Kleinstrentner/innen und Transferleistungsbezieher/innen. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass die afroamerikanische Minderheit besonders stark von einer Covid-19-Erkrankung betroffen ist, und in Brasilien hat sich das Virus in den Favelas geradezu eingenistet.

Global wie national gilt, dass die Reichen in der pandemischen Ausnahme-situation reicher und die Armen zahlreicher werden. Die Zerstörung von Lieferketten und Vertriebsstrukturen, der Verlust von Absatzmärkten sowie die als Reaktion auf die Pandemie behördlich verordnete Schließung von Geschäften, Gaststätten, Hotels, Clubs, Kinos, Theatern und anderen Einrichtungen hatten erhebliche wirtschaftliche Einbußen für die dort Tätigen, aber auch Konkurswellen und Entlassungen im großen Stil zur Folge. Einerseits blieben Kurzarbeit sowie massenhafte Entlassungen (z.B. in der Gastronomie, der Touristik und

der Luftfahrtindustrie) nicht aus, andererseits realisierten Großkonzerne krisenresistenter Branchen (z.B. Lebensmittel-Discouter, Versandhandel, Lieferdienste, Digitalwirtschaft und Pharmaindustrie) in der Coronakrise sogar Extraprofiten.

Zu den Hauptprofiteuren des Krisendesasters gehörten einige der profitabelsten Unternehmen. So expandierte das Amazon-Imperium unmittelbar nach dem Beginn der Pandemie und suchte allein in den USA 100.000 zusätzliche Arbeitskräfte, um den Boom im Online-Versandhandel zu bewältigen. Im ersten Quartal 2020 stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 26 Prozent auf 75,5 Milliarden US-Dollar, und Jeff Bezos, vorher schon reichster Mann der Welt, vergrößerte sein Vermögen aufgrund der Coronakrise weiter. Auf dem Höhepunkt der Pandemie war es im Vergleich zum Jahresbeginn 2020 laut dem Bloomberg Billionaires Index um 24 Milliarden Dollar auf 138,5 Milliarden Dollar gestiegen. Viele kleine Einzelhändler/innen haben wegen der Schließung ihrer Läden und ausbleibender Kunden hingegen ihre Existenzgrundlage verloren.

Christoph Butterwegge

Einhegung fraktioneller Sonderinteressen

So viel Kapitalistenschelte hat es seit der Krise 2009 nicht mehr gegeben. Was der veröffentlichten Meinung damals der (in der Tat) gierige Banker war, ist heute Deutschlands Fleischkapitalist Nummer eins, Clemens Tönnies. Dieser muss seit den Corona-

Infektionen von über 1.500 Werkvertragsarbeitern allein in seinem Stammwerk in Rheda-Wiedenbrück und den dafür verantwortlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen überwiegend osteuropäischer Arbeitsmigranten derzeit viel Kritik einstecken. Sogar aus der CDU, in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Niedersachsen sonst eine Bastion der Fleischbarone, gibt es „kritische“ Stimmen.

Zu mehr als der temporären Stilllegung des Schlachtbetriebs am Tönnies-Hauptsitz, der Ankündigung durch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), die Werkvertragsarbeit zum 1. Januar 2021 in der Fleischindustrie zu verbieten, und ein paar markigen Sprüchen von NRW-Ministerpräsident Laschet (CDU) hat der öffentliche Unmut jedoch noch nicht geführt. Ob Heils Vorhaben Bestand hat und die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie überhaupt reale Verbesserungen für Schlachthofarbeiter bringt – all das ist Zukunftsmusik. Das Feilschen um die zukünftige Ausgestaltung der Ausbeutungsverhältnisse hat bereits begonnen. Tönnies und der Verband der Fleischwirtschaft (VdF), der Interessenverband des deutschen Fleischoligopols, werden ihre Profite und Wettbewerbsvorteile mit Zehen und Klauen verteidigen.

Zur richtigen Einschätzung der aktuellen Haltung der offiziellen Politik gegenüber der deutschen Fleischindustrie im Allgemeinen und Tönnies im Besonderen sollte man sich ferner mindestens drei historische Fakten in Erinnerung rufen. Erstens haben in der Vergangenheit wiederholt Politiker aus den Reihen der bürgerlichen Einheitsfront im Bundestag den Fleischmagnaten öffentlich die Levi-

ten gelesen und ihnen trotzdem freies Geleit gewährt. Ein gewisser Sigmar Gabriel (SPD) – zwischen März und Mai 2020 wohldotierter Tönnies-Berater – sagte als Bundeswirtschaftsminister 2015 über das Ausbeutungssystem in der Fleischindustrie, es sei eine „Schande für Deutschland“. Anschließend ließ er Tönnies, Vion, Westfleisch und Co mit einer freiwilligen „Selbstverpflichtung der Unternehmen für attraktivere Arbeitsbedingungen“ davonkommen, die nichts an den bekannten Problemen änderte. Zweitens hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) im vollen Wissen um die Arbeits- und Wohnbedingungen der Werkvertragsarbeiter gleich zu Beginn der Corona-Pandemie die Fleischindustrie als „systemrelevant“ eingestuft, so dass die Konglomerate trotz Lockdown fleißig weiter Profit machen konnten. Schließlich haben Grüne bis FDP den Niedriglohnsektor in Deutschland und die Anwerbung von Niedriglohnarbeitskräften aus der EU-Peripherie ebenso implementiert und Zeit ihres Bestehens im Kern nicht angetastet wie die agrobusinessfreundliche EU-Agrarpolitik oder die Exportförderung für die Fleischindustrie. Mit anderen Worten: Dieselben politischen Kräfte, die Tönnies heute medienwirksam Standpauken halten, sind aufgrund ihrer Politik nicht nur mitverantwortlich für die Verbreitung des SARS-CoV-2-Erregers in den Fleischwerken des Landes. Sie haben das „System Tönnies“ mit ermöglicht und es seit Jahrzehnten erfolgreich protegiert. Von ihnen Abhilfe zu erwarten, ist wie zu glauben, der FC Bayern leiste freiwillig Verzicht auf die deutsche Fußballmeisterschaft.

Denn, und das weiß das etablierte politische Personal nur allzu gut, das „System Tönnies“ infrage zu stellen bedeutete weitaus mehr als „faire Werkverträge für die deutsche Wirtschaft“ (Tönnies) oder „klare Regeln gegen Werkverträge“ (DGB). Selbstverständlich gehören Werkvertrags- und Leiharbeit sofort und auch vollständig verboten – statt nur „fair gestaltet“. Aber das System, das in der Fleischindustrie praktiziert wird, ist weder auf die verheerenden Arbeits- und Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen aus der Peripherie oder auf die Fleischproduktion und -verarbeitung als Branche eingrenzbar. Noch ist es ein Relikt aus den bösen, überkommenen Zeiten des Kapitalismus oder auf das Fehlverhalten von Einzelkapitalisten wie Tönnies, der freilich eine leitende und verantwortliche Rolle spielt, zu reduzieren. Es mit der deutschen Fleischindustrie wirklich aufzunehmen hieße, an den Grundfesten des Modells kapitalistischer Entwicklung im imperialistischen Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu rütteln, dessen Konturen man in der Fleischherstellung wie durch ein Brennglas erkennen kann. Es umfasst ein vielschichtiges System verschiedener Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die das Kapital zu Proletariern, Tieren und zur Natur unterhält und das durch rassistische, sexistische und speziesistische Kultur verschleiert und gerechtfertigt wird.

Dass man diesem auch nicht mit höheren Preisen für Fleisch beikommt, ist offenkundig. Daher ist es bestenfalls Augenwischerei, wenn grünkonservative Kreise seit Monaten bei jeder Gelegenheit höhere Preise ins Spiel bringen, so als ob Produzenten und Handel (Aldi und Konsorten) nicht auch den Aufpreis, den die Subalternen

zahlen, in die eigenen Taschen umleiten würden. Ebenso unzureichend ist es, allein Tönnies zur Rechenschaft zu ziehen, Vion, PHW oder Westfleisch aber ungestört weiter werkeln zu lassen. Gleichwohl sollte Tönnies selbstredend der Erste sein, dessen Milliardenvermögen und -umsätze für die Konversion einer historisch obsoleten Industrie verwendet werden.

Das Gezeter gegen den Fleischmogul und die Forderungen an ihn und seine Komplizen deuten aber bedauerlicherweise keine Kehrtwende im Umgang mit den Ausbeutungsbeziehungen in der Fleischindustrie an. Vielmehr wird ein fraktionelles Sonderinteresse durch den ideellen Gesamtkapitalisten eingehegt. Auf gut Deutsch: Die Avantgarde des Kapitals um Tönnies ist etwas zu harsch im Klassenkampf vorgeprescht, jetzt pfeift man sie zurück und zwingt sie im Sinne der Durchschnittsherrschaft der Bourgeoisie, sich wieder in die eigenen Linien einzureihen.

Daher ist es auch nicht gänzlich auszuschließen, dass das Fleischkapital in Zukunft einige Opfer ökonomisch-korporativer Art erbringen muss, um die Zustimmung zur bürgerlichen Hegemonie inklusive ihrer auf Fleisch basierenden Lebensweise zu erhöhen. Aber das Wesentliche werden diese nicht betreffen. Damit es auch um dieses gehen könnte, bedürfte es politischer Kräfte, welche die Systemfrage ausgehend vom Widerspruch zwischen Kapital einerseits und Arbeit, Natur und Tieren andererseits mit revolutionärer Realpolitik konkret stellen.

Christian Stache

Weder Wehrpflicht noch Berufsarmee!

Die Diskussion über die Wehrpflicht ist eine der Bruchlinien in der öffentlichen Debatte, an der es immer wieder kracht. In der herrschenden Klasse gibt es zur Frage der Zwangsrekrutierung junger Menschen grob zwei Linien: Eine davon wurde schon 2018 deutlich, als aus Teilen der CDU bereits der Ruf nach einer Wehrpflicht laut wurde. Annegret Kamp-Karrenbauer lehnte damals wie heute eine „reine Wehrpflicht“ ab, strebte aber jene Art allgemeines Dienstjahr an, das neuerdings unter der Losung „Dein Jahr für Deutschland“ von der Bundeswehr als freiwilliger Wehrdienst „im Heimatschutz“ beworben wird. Sie kündigte damals außerdem an, den freiwilligen Wehrdienst reformieren zu wollen. Ex-Verteidigungsminister Guttenberg, unter dem die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt worden war, sprach zudem von exorbitanten Kosten im Falle einer Wiedereinführung. Diese würden in letzter Instanz auch den Etat der Bundeswehr beschneiden und zu einer schlechteren Ausrüstung führen. Nach dieser Konzeption braucht die deutsche Armee keine zehntausende nur grundlegend ausgebildeten Neunzehnjährigen, sondern vielmehr wenige Spezialisten, die komplexe Kriegstechnologie bedienen können.

Die andere Linie wird unter anderem von der neu angetretenen SPD-Wehrbeauftragten Eva Högl vertreten, die sich in den Medien mit der Behauptung zitieren lässt, bei einer wiedereingeführten Wehrpflicht wäre die Bundeswehr weniger anfällig für die Unterwanderung durch Rechtsextreme. Als Opposition zur Verteidigungsmi-

nisterin, Guttenberg und Co positioniert sich hier eine Fraktion, welche die wiedereingeführte Wehrpflicht zur angeblichen Stärkung des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ und eben auch gegen Rechtsextreme in der Truppe fordert. Über die Geschichte von extremen Rechten in der Bundeswehr auch vor der Aussetzung der Wehrpflicht wird dabei freilich kein Wort verloren – dass Bundeswehrsoldaten auch lange vor den jüngsten Skandalen um rechtsextreme Elitesoldaten etwa offen für die NPD kandidiert haben, würde dieses Narrativ bloß gefährden.

Hinter beiden Fraktionen stehen grundsätzliche Vorstellungen von der Rolle und Funktion der Bundeswehr. Die Vorstellung einer „schlanken“ Bundeswehr, die auch mit wenig Personal effizient, gezielt und möglichst weit weg Kriege führen kann, entspricht der Bundeswehr als Interventionsarmee nach 1990 und besonders seit 2001, die mit kleineren Kontingenten und viel Technik eher in Länder „interveniert“, als offen gegen diese Krieg zu führen. Eine Bundeswehr mit allgemeiner Wehrpflicht wiederum ist die Vorstellung jener Fraktion, die heute immer mehr von „Landesverteidigung“ redet, wo sie Krieg in Europa meint, und die Großmachtkonfrontation mit Russland vorantreibt. Und selbst wenn die Kriege von heute und morgen anders aussehen als die von gestern – mit rund 183.000 Soldaten wäre so ein Krieg gegen ein Land wie Russland nie zu gewinnen. Auch während der Systemkonfrontation vor 1990 hatte die damals noch geltende Wehrpflicht die Funktion, Soldaten als mögliches Kanonenfutter für eine Angriffsarmee gen Osten bereitzuhalten. Es ist also nur folgerichtig, dass wir angesichts der gegenwärtigen Neuauflage

des „kalten“ Krieges wieder mit solchen Bestrebungen hin zu größerer militärischer Mobilisierungsfähigkeit konfrontiert werden.

Die real existierende Institution Bundeswehr erfüllt heute vor allem diese beiden Funktionen: zum einen ist sie eine Interventionsarmee, die im sogenannten globalen Süden gezielt die Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhalten soll; zum anderen soll sie als abrufbares Machtinstrument im Großmachtkonflikt mit Russland dienen. Der Streit um die Wehrpflicht ist ein Konflikt um das Austarieren dieser zwei konkurrierenden Funktionen sowie den Interessen, die ihnen zugrunde liegen.

Und die Linke? Während die Friedensbewegung ebenso wie die Partei „Die Linke“ auch in der neuen Debatte die Wiedereinführung der Wehrpflicht klar ablehnen, gibt es in Teilen der radikalen Linken auch andere Positionen. Denn historisch hat die Linke tatsächlich auch bis in die Bundeswehr gewirkt. So hatten die DKP-nahen „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ sowie eher maotistische Organisationen zu ihrer Hochzeit tatsächlich nennenswerten Einfluss auf Wehrpflichtige, was etwa aus einer Antwort der Bundesregierung auf die Frage nach der Aktivität „roter Zellen“ in der Bundeswehr 1974 hervorgeht. Daraus schließen heute manche, die Linke müsse sich um Einfluss auch innerhalb der Institution Bundeswehr bemühen – zumal man die Armee und Soldaten im Falle eines revolutionären Falles ja wohl bräuchte –, weshalb die Wehrpflicht prinzipiell annehmbar oder gar begrüßenswert sei. Diese Position wird so von keiner Organisation nach außen hin offen vertreten, aber im Gespräch mit einigen Genossen sind dem Autor derlei Argumente tatsächlich

schon untergekommen. Eine konkrete Analyse der Bedingungen für eine solche Politik zeigt aber, dass sie illusionär ist: Die Bundeswehr ist ein militärisch wie ideologisch bestens gerüsteter Apparat, der Menschen inner- wie außerhalb seines Wirkungsbereichs im Sinne imperialistischer Kriege abrichtet. Die Vorstellung, unter gegenwärtigen Bedingungen nennenswerten Einfluss auf die Geschicke einer solchen Maschine nehmen zu können, und diese dafür auf Tausende junger Menschen loszulassen, ist naiv.

Dazu kommt, dass Jugendliche offensichtlich größtenteils nach wie vor nicht zur Bundeswehr wollen, wie ein Blick in die niedrigen Rekrutierungszahlen beweist. Es ist also politisch gefährlich, sich positiv auf ein derart unbeliebtes Zwangssystem zu berufen. Man sollte in dieser Debatte daher keiner der beiden Flügel der Herrschenden in die Hände spielen. Gerade angesichts von weitverbreitetem Krisenbewusstsein und einer heraufbeschworenen Instabilität der globalen „Sicherheitslage“ muss die Linke den militärischen Apparat strikt ablehnen, egal in welcher Form er auftritt. Der Söldnercharakter der Bundeswehr als Berufarmee mag tatsächlich rechtsextreme Positionen unter Soldatinnen und Soldaten verstärken. Der Ursprung und Nährboden faschistischer Ideologie in der Bundeswehr sind aber nach wie vor ihr wesentlicher Militarismus sowie vor allem ihre Funktion als imperialistische Armee, die gegenwärtig vor allem auf arabische und afrikanische Länder und eben Russland gerichtet wird. Nazis in der Bundeswehr sind deshalb kein Phänomen, das sich erst aus ihrem Charakter als Berufarmee erklären ließe.

Liam Krüger